

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 22. Juli 2000

111. Jahrgang Nr. 31.259

Argentinien als Auswanderungsland

Argentinien versteht sich selber als Einwanderungsland. Umgekehrt wie in Europa, wo man diese Tatsache bei hohen Einwanderungsquoten verdrängt, obwohl die Bevölkerung längst nicht mehr wächst, sondern vielmehr abnimmt, und die Einwanderer dafür sorgen, dass die besonders aufwendigen Sozialleistungen finanziert werden. Sowohl in Argentinien als auch in Europa beruhen die Einstellungen als Einwanderungs- bzw. Auswanderungsländer auf der Geschichte der letzten vier Jahrhunderte. Aus Europa stammten die meisten Einwanderer in Argentinien, ebenso in anderen amerikanischen Ländern, und aus Europa wanderten Menschen nach Übersee in ihre damaligen Kolonien und die amerikanischen Republiken ab.

Diese Wanderungsszenen haben sich jedoch in den letzten Jahrzehnten fühlbar geändert. Europa erhält längst die Einwanderung hunderttausender Afrikaner, Asiaten und Südamerikaner, vielfach illegal dank Schlepperorganisationen, die saftige Provisionen kassieren, und dank der Asylgesetzgebungen. Der allgemeine Wohlstand Europas, gepaart mit einer besonders grosszügigen Sozialgesetzgebung, zieht Einwanderer aus dem Ausland wie die Fliegen zum Honig an.

Argentinien kann hiermit nicht konkurrieren. Die Wirtschaft stagniert seit den siebziger Jahren, als zudem der Terror und die Gewalt Einwanderer aus Europa abspenstig machten, und die Sozialgesetzgebung ist mit ihren Leistungen weder mit der europäischen vergleichbar noch werden die Gesetze eingehalten. Sie bringen nicht, was sie verheissen.

Das führte schon damals zu einer beachtlichen Auswanderung von Argentinern in die Nachbarländer, Nordamerika und vor allem Südeuropa. Hier halfen die grosszügigen Passgesetze Spaniens und Italiens, die den hier geborenen Nachkommen ausgewanderter Europäer die Nationalität anerkannten, womit der Weg für die Niederlassung und die Arbeitsbewilligung frei wurde, und zwar nicht nur in den betreffenden Ländern, deren Regierungen die Pässe ausstellten, sondern kraft Europäischer Union in allen anderen vierzehn Ländern der Gemeinschaft.

Als ab 1991 die argentinische Wirtschaft den erfolgreichen Stabilisierungskurs einschlug und ein Jahrünft lang kräftig wuchs, kehrten viele ausgewanderte Argentinier wieder heim. Sie brachten ihre Arbeitserfahrung sowie ihre Ausbildung mit und befruchteten die Wirtschaft. Die Passgesuche bei spanischen und italienischen Konsulaten liessen nach.

In letzter Zeit hat sich das Blatt abermals gewendet. Dazu hat der wirtschaftliche Aufschwung in Europa sicherlich beigetragen. Insbesondere Spanien und Italien erfreuen sich des Wirtschaftswachstums, nachdem es ihnen entgegen allen Voraussagen gelungen ist, ihre Staatsdefizite abzubauen. Spanien weist sogar neuerdings ausgeglichene Staatsfinanzen aus. Italien schickt sich an, Gleiches zu vollziehen. In der Folge fielen die Zinssätze etwa auf die Hälfte, so dass die Bankkredite vermehrt in Anspruch genommen wurden und die Wirtschaft anspornten. Die Arbeitslosigkeit, in der Spanien seinerzeit mit 22 Prozent in ganz Europa führte, hat sich auf etwa 10 Prozent halbiert, so dass bereits Arbeitermangel in gewissen Branchen besteht, zumal in der Informatik und Elektronik.

Gleichzeitig machte Argentinien in den Staatsfinanzen die gegenteilige Entwicklung durch. Das Staatsdefizit ist in den letzten fünf Jahren stetig gewachsen und soll erst dieses Jahr abnehmen. Die Zinsen aller Bankkredite blieben sehr hoch und hemmten die Wirtschaft. In der Folge stieg die Arbeitslosigkeit auf über 15 Prozent der städtischen Erwerbsbevölkerung. Die Gesuche bei den Konsulaten vermehrten sich dauernd, zumal die Aussichten auf Arbeitsplätze in Europa sich ebenfalls verbesserten. Eine Meinungsumfrage wollte dieser Tage wissen, dass über 20 Prozent der Befragten gerne auswandern würden.

Der Gouverneur von Neuquén, Jorge Sobisch, vereinbarte unlängst mit einer katalonischen Stadtverwaltung die Arbeitsverträge für Obstarbeiter, die in Nordpatagonien alljährlich Äpfel und Birnen pflücken, damit sie auf Zeit die gleiche Ernte verrichten und dann heimkehren. Flugkosten und Aufenthalt mit Löhnen von rund 800 Dollar im Monat werden bezahlt. Vor hundert Jahren pflegten italienische Erntearbeiter drüben Weizen und Mais zu ernten und dann die gleiche Tätigkeit in Argentinien als Saisoniers auszuüben. Offenbar behagen in Spanien argentinische Arbeiter mehr als Nordafrikaner, die kein Spanisch sprechen und andere Arbeitssitten haben.

Das Beispiel Südeuropas ist eindeutig. Gelingt es in Argentinien, ebenso wie drüben das Defizit einzudämmen und die Staatsverschuldung nicht mehr wie bisher uferlos zu vermehren, dann fallen die Bankzinsen wie drüben, die Wirtschaft wächst an Hand neuer Investitionen, die Arbeitslosigkeit fällt und der Auswanderungsdrang lässt nach, ehe sich Argentinien später wieder als Einwanderungsland vorstellt. Allerdings darf nicht erwartet werden, dass Europäer wie einst massenweise hierher auswandern, sondern vielmehr Menschen aus Südamerika, wo Armut herrscht, vermehrt Argentinien als Ziel aussuchen, wo die gleiche Sprache gesprochen wird, kaum dass mehr Arbeitsplätze angeboten werden. Die Vereinigten Staaten lassen ebenfalls hunderttausende Einwanderer aus Mexiko, Zentralamerika und Asien zu, weil sie dank kontinuierlichem Wirtschaftswachstum ohne Staatsdefizit vermehrt unter Arbeitermangel leiden.

In Argentinien schaut man diesen Wanderungsszenen in Südeuropa und Nordamerika mit weinendem Auge zu, weil man weiss, dass die Wirtschaft bei den schier unerschöpflichen natürlichen Ressourcen und ausgebildeter Arbeitskräfte sicherlich auch echter Kandidat für Einwanderungen wäre, kaum dass das Staatsdefizit ausgemerzt wird und die Bankzinsen fallen, damit die Wirtschaft wächst und die Arbeitslosigkeit abnimmt.

Randglossen

Der Geist des Pharaos Nicolás Di der Hahndynastie hat sich offenbar im nationalen Kabinett eingemischt, wo Infrastrukturminister Nicolás Gallo die Pyramidenbauer mit Aufträgen für sieben Milliarden Pesos beglücken will. Das liebe Geld sollen die Baufirmen vorschliessen und dann gelegentlich vom Schatzamt kassieren, dessen Geldarmut notorisch ist, so dass solche Verpflichtungen erfahrungsgemäss nicht honoriert werden. Bei einem Gesamtdefizit der öffentlichen Hand von mindestens acht Milliarden Pesos im laufenden Jahr und horrend hohen Zinssätzen nehmen die Geldgeber dem Pharaos die Zumutung nicht ab, noch mehr Vorschüsse locker zu machen, die nachher nicht einkassiert werden können.

Minister Gallo hatte für seine pharaonischen Vorstellungen neuer öffentlicher Bauten zuerst die

Provinzgouverneure gefragt, welches ihre Wünsche seien, um Strassen, Brücken, Dämme, Schulen und dergleichen zu bauen. Nachdem die Gouverneure ihm das mitgeteilt hatten, wählte er nach eigenem Gutdünken die Bauprojekte aus, die ihm am besten gefielen. In der Folge protestierten die Gouverneure von Corrientes und San Luis, weil sie der Ansicht sind, bei den Bauvorhaben gegenüber anderen Provinzen zu kurz zu kommen. Grüner Neid trieb sie zu ihrem Protest, dem sich auch die justizialistischen Parlamentarier anschlossen, weil die Regierung die Provinzbauten zentralisiere, anstatt den Gouverneuren das Geld ohne Auflagen zu gewähren, damit sie selber entscheiden, welche Bauten prioritär seien. Die ägyptischen Pharaonen hatten es einfacher und liessen Pyramiden als eigene Grabstätten bauen, die die Nachwelt nach mehreren tausend Jahren immer noch bewundert.

Neue Kritik zum AMIA-Jahrestag

4.000 Teilnehmer bei Gedenkveranstaltung / Menem soll Urheber gedeckt haben

Präsident Fernando de la Rúa hat am sechsten Jahrestag des Attentats auf das jüdisch-argentinische Kulturzentrum AMIA den Hinterbliebenen der Opfer die Unterstützung der Regierung zur Aufklärung des Terroranschlags zugesichert. „Wir werden mit aller Macht zur Aufarbeitung der Hintergründe beitragen“, sagte de la Rúa am Dienstag vor 4.000 Zuhörern am Ort des Attentats in der Strasse Pasteur 633. An der zentralen Gedenkveranstaltung nahmen am vergangenen Dienstag neben dem Präsidenten und seinem Vertreter, Vizepräsident Carlos „Chacho“ Alvarez, Angehörige der Opfer, fast das gesamte Kabinett und zahlreiche Vertreter der Stadtregierung von Buenos Aires sowie Carlos Soria als einziger Abgeordneter der PJ teil.

Bei dem Anschlag um 9.53 Uhr am 18. Juli 1994 waren 86 Menschen getötet und mehrere hundert verletzt worden. Der Rabbiner Sergio Bergman rief die Regierung mit Nachdruck dazu auf, „Licht ins Dunkel“ zu bringen. „Nach sechs Jahren Verschleierungstaktik und Straflosigkeit für die Täter fordern



Ein sichtlich bewegter Fernando de la Rúa gedenkt am sechsten Jahrestag des noch immer ungeklärten Anschlags auf die AMIA vom 18. Juli 1994 der 86 Opfer.

(AP-Funkbild)

wir Gerechtigkeit“, sagte Berman. Dem ermittelnden Richter Juan José Galeano warf der Rabbiner in Verbindung mit dem ehemaligen Präsidenten Carlos Menem vor, die Aufklärung des Attentats zu „behindern“. „Galeano hat in den vergangenen Jahren mehrfach bewiesen, dass er kein unabhängiger Richter ist.“ Hintergrund der An-

schuldigungen Bergmans ist der Verdacht, Ex-Präsident Menem habe in Verbindung mit dem Richter dafür gesorgt, dass Iran nicht als Drahtzieher des Bombenanschlags auf das Kulturzentrum überführt wurde. Dafür habe Menem zehn Millionen Dollar Schweigegeld von der Regierung in Teheran gefordert, wie „La Na-

ción“ am Montag unter Berufung auf Aussagen eines ehemaligen Mitarbeiters des iranischen Geheimdienstes schrieb. Menem wies die Anschuldigung freilich zurück und bezeichnete den Zeugen als „Verrückten, der in die Medien will“.

Nach Zeitungsberichten lebt der Zeuge, der in den Protokollen der argentinischen Justiz aus Sicherheitsgründen nur als „C“ bezeichnet werde, unter einem Zeugnenschutzprogramm mit neuer Identität mittlerweile in Deutschland. Er sei auch der wichtigste Zeuge zur Aufklärung des Mykonos-Attentates in Berlin 1992 gewesen. Für die Ermordung vier kurdischer Funktionäre hatte ein Berliner Gericht die iranische Führung verantwortlich gemacht.

„C“ habe sich bis 1996 in Iran aufgehalten und sei bisher zwei Mal von Richter Galeano befragt worden. Dabei habe der Zeuge ausgesagt, zumindest ein Funktionär der damaligen argentinischen Regierung habe gewünscht, dass der Befehl zu dem verheerenden Anschlag von der iranischen Führung erteilt worden sei.

WOCHENÜBERSICHT

Malwinendiskussion

Außenminister Adalberto Rodríguez Giavarini hat die „Verführungspolitik“ seines Amtsvorgängers Guido Di Tella hinsichtlich der Malwinen als „großen Fehler“ bezeichnet. Gleichzeitig versicherte Giavarini am Wochenende, dass es bei den Verhandlungen mit Großbritannien um die Inseln „keinen Dritten“ gebe, womit er sich auf die Kelpers bezog. Zuvor war mit Großbritannien ein neuer Streit um die Inseln ausgebrochen, als mehrere argentinische Fischereischiffe in die von London einseitig erklärte 200-Seemeilen-Zone rund um die Malwinen eingedrungen waren. Präsident Fernando de la Rúa betonte, Argentinien werde den Anspruch auf die Souveränität über die Inseln nicht aufgeben. Dies bedeute jedoch „keine Feindschaft“. Der britische Botschafter in Buenos Aires, William Marsden, antwortete mit einem eindeutigen „Nein“ auf die Frage, ob London zu Verhandlungen über die Souveränität bereit sei. Der Streit bedeute jedoch keinen Rückschlag für die bilateralen Beziehungen.

Beschwerde abgewiesen

Die Angehörigen von 323 Seeleuten, die 1982 im Malwinenkrieg bei der Versenkung des Kreuzers „General Belgrano“ ums Leben kamen, sind

mit ihrer Grundrechtsbeschwerde gegen Großbritannien gescheitert. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wies am Mittwoch in Straßburg die Beschwerde wegen Verjährung zurück. Diese hätte spätestens sechs Monate nach Versenkung der „General Belgrano“ durch ein britisches U-Boot im Mai 1982 eingereicht werden müssen, hieß es zur Begründung. Die Kläger wollten Großbritannien wegen der Verletzung des in Artikel zwei der europäischen Menschenrechtskonvention garantierten Rechts auf Leben der getöteten Seeleute zu Schadensersatz verklagen.

Kredite für Arme

Eine Bank, die Kleinkredite an Arme vergibt, die keine Garantien nachweisen können, ist die Grundidee eines Projektes der PJ-Abgeordneten Oscar Lamberto und Jorge Matzkin. Den Schuldnern, die normalerweise nicht kreditwürdig wären, soll mit sogenannten „Solidaritätskrediten“ ermöglicht werden, Werkzeuge und anderes Arbeitsmaterial zu kaufen.

Mehr Provinzangestellte

In den vergangenen vier Jahren ist die Zahl der Provinzangestellten in ganz Argentinien um 8,13 Prozent gestiegen. Gemäß einer Untersuchung

des Innenministeriums betrug die Zahl der Provinzangestellten 1995 insgesamt 1.212.391, 1999 jedoch 1.319.820. Den Rekord hält die Provinz La Rioja, die pro 1.000 Einwohner unter allen Distrikten die meisten Angestellten im öffentlichen Dienst beschäftigt. In der Heimatprovinz von Ex-Präsident Carlos Menem kommen demnach auf 1.000 Einwohner derzeit 90,14 Provinzangestellte. Die Provinz Buenos Aires kommt hingegen mit 28,81 Angestellten aus.

Justizferien

Seit Montag befindet sich die Justiz für zwei Wochen im Winterschlaf. Ausgenommen sind solche Gerichte, die bestimmt wurden, um „unaufschiebbares Verfahren“ weiter zu behandeln. Die Justizferien enden am 28. Juli. An diesem Tag wird auch die Nationalregierung die Rechtfertigung ihrer Kürzungsmaßnahmen gegen die negativen Justizentscheidungen wieder aufnehmen.

Kinderarbeit

Die Weltarbeitsorganisation OIT und die Gewerkschaft der Land- und Hafentarbeiter (Uatre) haben neuerlich auf Kinderarbeit in Argentinien hingewiesen. Wie Uatre-Generalsekretär Gerónimo Venegas erklärte, seien derzeit in Argentinien 180.000 Kinder in

Tabaktrocknereien oder bei der Zwiebel-, Oliven- oder Baumwollerte beschäftigt. Auch drohe den Kindern der soziale Ausschluss, weil sie keine Schulausbildung erhielten.

IWF-Projekt

Die Allianz bereitet derzeit im Kongress ein Projekt vor, mit dem Argentinien, Brasilien und Chile als vereinter Block an der Reorganisation des Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank teilnehmen sollen. Der von Fraktionschef Darío Alessandro und dem Radikalen Jesús Rodríguez ausgearbeitete Vorschlag, schließt eine Neugestaltung der Führungsmodalitäten beider Institutionen sowie eine Änderung in den Mechanismen der Bewertung der Schuldnerländer ein.

Unzufriedenheit

Jeder fünfte Argentinier möchte auswandern. Entsprechend einer landesweiten Umfrage des Gallup-Institutes haben 21 Prozent der Befragten erklärt, sie würden sich gern in einem anderen Land niederlassen. Wie aus der seit zwölf Jahren von Gallup systematisch durchgeführten Umfrage hervorgeht, nahm die Auswanderungstendenz zwischen 1991 von 24 auf 1994 zunächst 16 Prozent ab, um seitdem ständig anzusteigen.

Angriff auf die geheimen Ausgaben

Gesetzesprojekt der Allianz für mehr Transparenz

Viele Jahre hindurch waren sie der Aufhänger für viele „Schlamm-schlachten“ und Geplänkel in Wahlkampagnen, Basis für hunderte von Anzeigen bei der Justiz und umgeben von Verdächtigungen und Intrigen. Jetzt scheint es so, als seien die Tage der sogenannten „gastos reservados“, der „vertraulichen und geheimen“ Ausgaben, gezählt.

Denn wenn die Allianz-Regierung mit einem in der vergangenen Woche im Kongress eingereichten Gesetz für mehr Transparenz Erfolg hat, werden diese Mittel, die nur sechs Staatsabteilungen zur Verfügung stehen, bald schon ihren Geheimcharakter verlieren und vom Kongress kontrolliert werden. Entsprechend dem Text des Projektes, sollen diese Ausgaben die bisherige Klassifizierung verlieren und den funktionalen Ausgaben im Nationalhaushalt als „Verteidigungs- und Sicherheitsdienste“ zugeschlagen werden, angewandt auf „Information und Nachrichtendienste“.

Mit der neuen Klassifizierung werden die bisher umstrittenen Ausgaben unmittelbar von zwei Parlamentskommissionen kontrolliert, eine von Abgeordneten, die andere von Senatoren gebildet. Diese gemäß dem Gesetz gebildeten Kommissionen sollen unter anderem die folgenden Funktionen haben: Prüfung und Intervention bei der Behandlung des von der Exekutive vorgelegten Nationalhaushaltes, Forderung bei allen Behörden nach Übergabe aller mit den geheimen Ausgaben im Zusammenhang

stehenden Unterlagen, Berichte und Daten, Prüfung der korrekten Verwendung dieser Mittel, Erstellung eines Berichtes für die Öffentlichkeit und eines weiteren, vertraulichen der Analyse und Bewertung der Ausgaben.

In Zukunft würde demnach der Kongress aktiv an der endgültigen Festlegung der Ausgabenstruktur der „Verteidigungs- und Sicherheitsdienste“ teilnehmen. Hierzu sieht das Gesetzesprojekt vor, dass die Ausgaben für „Information und Nachrichtendienst“ mittels einer monatlich zu erstellenden Dokumentation registriert werden sollen, die auch gegenüber der Buchprüfungsbehörde der Nation als Nachweis dienen soll.

Die bisher „vertraulichen und geheimen“ Ausgaben beruhen auf einem Dekret und einem Gesetz aus dem Jahr 1956. Unter Ex-Präsident Carlos Menem hatte die überdimensionierte Aufblähung dieser Ausgaben Anzeigen, Kontroversen und endlose Debatten zur Folge. Während Menem-Vorgänger Raúl Alfonsín über jährlich rund 80 Millionen Pesos verfügte, die ohne Kontrollinstanzen ausgegeben werden konnten, waren es ab 1991 bereits 160 und im letzten Amtsjahr 1999 gar 319 Millionen Pesos, die da ohne Quittung verprasst wurden. Eine der ersten Maßnahmen nach der Amtsübernahme durch Präsident Fernando de la Rúa war die Reduzierung dieser Mittel auf 158 Millionen. Der nächste Schritt soll nun die Kontrolle dieser Ausgaben durch den Kongress sein.

Ibarra und Cavallo rauchen Friedenspfeife

Beginn des politischen Dialogs in der Hauptstadt

Den Kalten Krieg beendend, der im Rahmen der Wahlkampagne zwischen ihnen herrschte, haben sich am Mittwoch Aníbal Ibarra (UCR) und Domingo Cavallo (AR) zu einem Gespräch getroffen, das den Beginn des politischen Dialogs in der Stadt darstellt. Zugleich war die Unterredung auch ein richtungsweisendes Signal der neuen Allianz-Stadtregierung, die im August ihr Amt antreten wird.

Das Gespräch im Gebäude der

Stadtlegislative war Folge eines Telefonkontakts des gewählten Chefs der Stadtregierung mit dem Ex-Wirtschaftsminister in der vergangenen Woche. Auf Wunsch von Cavallo wurde auch dessen politischer Partner Gustavo Beliz von der Nueva Dirigencia zu dem Treffen geladen. Ibarra lud daraufhin seine Vizechefin Cecilia Felgueras ein.

Bei der Unterredung verlangte der ehemalige Wirtschaftsminister

von Ibarra die Zusicherung, die seiner Fraktion zustehenden Sitze in den Kontrollgremien auch zu gewähren. Im Gegenzug erklärte sich Cavallo bereit, die Projekte der Allianz mit „Wohlwollen“ zu behandeln.

Hintergrund der Annäherung ist der Umstand, dass Ibarra zur Verabschiedung von Gesetzen die Unterstützung der Cavallo-Beliz-Fraktion im Stadtparlament braucht. Denn wenn Ibarra in zwei Wochen das Amt als Chef der Stadtregierung übernimmt, wird er mit einer Neuverteilung der Sitze im Stadtparlament konfrontiert werden, nach der die Allianz 25 Abgeordnete, die Cavallo-Beliz-Koalition „Encuentro por la Ciudad“ (EC) 20 Abgeordnete stellt. Die verbleibenden 15 Sitze teilen sich 10 Minifraktionen. Die EC wird ab August demnach die zweitgrößte Minderheitsfraktion sein und

damit eine regulative Position einnehmen, die bisher vom Peronismus ausgeübt wurde. Dennoch wolle Ibarra nach Ansicht von Experten dem AR-Chef keine allzu bedeutende Rolle zugestehen. Desessen Sprecher erklärten jedoch, Cavallo habe ohnehin „kein Interesse an einer Mitverwaltung oder einer Mitregierung“.

Nach den verbalen Attacken während des Wahlkampfes rauchten beide Politiker bei dem Treffen ganz augenscheinlich die „Friedenspfeife“. So äußerten Cavallo und Beliz ihre Besorgnis, dass in den wenigen Tagen vor dem Stadtparlamentswechsel eine Anzahl Gesetze mit einschneidenden wirtschaftlichen und städtebaulichen Folgen verabschiedet werden könnten. Ibarra freilich erklärte, die Aufnahme eines Dialogs bedeute keinesfalls die Aufgabe der eigenen Position.

Drach unmittelbar vor Auslieferung

Die Auslieferung des mutmaßlichen Reemtsma-Entführers Thomas Drach von Argentinien an Deutschland steht unmittelbar bevor. „Wir sind offiziell von der Unterzeichnung des Auslieferungsdekretes durch Präsident Fernando de la Rúa unterrichtet worden“, sagte ein Sprecher der deutschen Botschaft. Ein genauer Termin für die Auslieferung werde von den Behörden beider Staaten sowie Interpol Argentinien und Beamten des Bundeskriminalamtes in Kürze ausgearbeitet, stand am Freitag aber noch nicht fest. Zu Wochenbeginn hatte de la Rúa das Dekret 584 über die Auslieferung Drachs abgezeichnet.

Wie in solchen Fällen üblich, dürfte Drach deutschen Beamten auf dem internationalen Flughafen von Buenos Aires übergeben werden. Der Rückflug nach Frankfurt erfolgt vermutlich mit einer Linienmaschine der Lufthansa, von dort geht es mit dem Polizeihubschrauer „Libelle“ nach Hamburg. Beamte des Bundeskriminalamtes und des Landeskriminalamtes Hamburg sollen nach Berichten aus Deutschland offenbar am Sonntag nach Buenos Aires reisen.

Drach war Ende März 1998 in Buenos Aires auf Grund eines internationalen Haftbefehls der deutschen Justiz von Interpol Argentinien festgenommen worden. Das Oberste Gericht hatte seinen Widerspruch gegen die Auslieferung Ende Juli endgültig zurückgewiesen. Der 40-Jährige gilt als Drahtzieher der spektakulären Entführung des Hamburger Multimillionärs Jan Philipp Reemtsma 1996. Gegen ein Lösegeld von 30 Millionen Mark war Reemtsma nach einem Monat freigelassen worden. Während vom Großteil der Beute jede Spur fehlt, gingen der Polizei bereits zwei Mittäter ins Netz, und einer stellte sich. Alle drei wurden zu teils langen Haftstrafen verurteilt. Sie belasteten Drach schwer - dieser bestreitet die Tat jedoch. (dpa/AT)



SERVICIOS
DIGITALES

www.multimedia.com.ar

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina

Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

„Albiceleste“ weiter souverän

Nach 2:0 über Ecuador noch ohne Punktverlust / Am Mittwoch gegen Brasilien

Argentinien hat die Tabellenführung im südamerikanischen Qualifikationsturnier zur Fußball-Weltmeisterschaft 2002 durch einen 2:0-(1:0)-Heimsieg über Ecuador am fünften Spieltag erneut souverän verteidigt. Vor rund 65.000 Zuschauern im ausverkauften „Monumental“ von Buenos Aires schossen Hernán Crespo (23. Minute) mit einem herrlichen Flugkopfball und Claudio López (50.) nach einem Abwehrfehler der Ecuadorianer am Mittwoch die beiden Tore. Es war bereits der fünfte Sieg im fünften Spiel für die „Albiceseste“.

Auch ohne den verletzten Superstar Gabriel Batistuta zeigte die Mannschaft von Trainer Marcelo Bielsa vor allem in der ersten Hälfte Weltklasse-Fußball. Das Heimteam vergab mehrere „hundertprozentige“ Chancen, darunter auch einen Foulelfmeter durch Veron in der dritten Spielminute. Nach diesem Spieltag führt der zweifache Weltmeister die Tabelle unangefochten vor Uruguay an, das schon am Dienstag das neue Schlusslicht Venezuela im „Centenario“ von Montevideo mühe-



Paraguays Torhüter-Idol José Luis Chilavert feiert den Sieg gegen das kriselnde Brasilien, durch den Argentinien seinen Abstand an der Tabellenspitze weiter ausbaute.

(AP-Funkbild)

voll mit 3:1 (1:1) geschlagen hatte und zehn Punkte auf dem Konto aufweist.

Erzrivale Brasilien hatte am Dienstag eine sensationelle 1:2 (0:1)-Niederlage bei Paraguay (neun Punkte) erlitten. Mit nur acht Zählern fiel der vierfache

Weltmeister sogar auf den fünften Tabellenplatz zurück, da Kolumbien am Mittwoch in Lima bei Peru dank eines Tores von Jungstar Juan Pablo Angel (48. Minute) mit 1:0 gewann und nun das bessere Torverhältnis aufweist.

Die Qualifikation für die WM 2002 wird nach dem System „Jeder gegen Jeden“ mit Hin- und Rückspiel ausgetragen. Die vier Ersten qualifizieren sich direkt für das Weltturnier in Japan und Südkorea, während der Fünftplatzierte noch eine Chance gegen ein Team aus Ozeanien bekommt.

Bereits am nächsten Mittwoch kommt es am sechsten Spieltag im Morumbi von Sao Paulo zum Gipfeltreffen zwischen Brasilien und Argentinien, das jedoch selbst bei einer Niederlage in der Tabelle nicht vom Nachbarn überholt werden kann. Doch an solches mag Batis-tuta-Vertreter Crespo ohnehin nicht denken. „Wir sind so stark wie lange nicht mehr, das Brasilien-Spiel kommt gerade zur rechten Zeit“, sagte der mit 65 Millionen Dollar Ablösesumme teuerste Spieler der Welt am Donnerstag. (dpa/AT)

Fußball

Clausura beendet

Vélez Sarsfield ist der strahlende Gewinner, Independiente der große Verlierer des letzten Spieltags des Torneo Clausura. Nachdem sich River Plate bereits eine Woche vor Abschluss den 29. Landestitel gesichert hatte, ist am letzten Spieltag auch die Entscheidung um die Teilnahme an der Copa Libertadores gefallen. Dabei überholte Vélez am Samstag durch den 2:1-Sieg gegen Rosario Central in vorletzter Minute quasi noch auf der Zielgeraden den Traditionsclub aus Avellaneda, der lange Zeit als ein sicherer Teilnehmer neben River, Boca und San Lorenzo gehandelt worden war. Torschützenkönig wurde mit 17 Treffern Esteban Fuentes von Colón de Santa Fe. Abgestiegen sind Ferro Carril Oeste Gimnasia de Jujuy, sie werden von Huracán und Los Andes ersetzt. Mit Belgrano und Instituto de Córdoba, Quilmes und Almagro kämpfen noch vier Teams um zwei freie Plätze für die Saison 2000/2001, die bereits am 30. Juli beginnt.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristenlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 1,4% auf 528,53, der Burcapindex um 1,7% auf 935,46 und der Börsenindex um 1,2% auf 20.114,83

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 1,2% auf \$ 0,8170.

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betragen am 17.7 \$ 26,99 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 14,55 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 26,51 Mrd. bzw. \$ 13,94 Mrd., vor einem Monat \$ 25,59 Mrd. bzw. \$ 13,83 Mrd. und vor 6 Monaten \$ 25,52 Mrd. bzw. 15,28 Mrd.

Im ersten Halbjahr 2000 wog der Müll der Stadt Buenos Aires 988.568 t, um 5,6% mehr als in der gleichen Vorjahresperiode. Das widerspricht den Zahlen über Konsum. 1999 lag der Müll schon mit 1,98 Mio. t um 8% über 1998, und in den 3 vorangehenden Jahren nahm er um jährlich 5% zu. Die Stadtverwaltung will noch in diesem Jahr ein System in Kraft setzen, durch

das der Müll sortiert wird, wie es in New York, Berlin und vielen anderen Städten der Fall ist, so dass die Materialien, die sich wieder verwenden lassen (Glas, Blech, Papier) gesondert weggeworfen werden.

Die Gruppe, die die alteingesessenen Langstrecken-Buslinien El Cóndor und La Estrella betreibt, hat für beide Unternehmen eine Gläubigerversammlung einberufen. Vor ihnen hatten ihre Konkurrentinnen La Internacional, Costera Criolla, Central El Rápido, General Urquiza, Río de la Plata und ABLO das gleiche Schicksal erlitten. Die Unternehmen führen ihren Niedergang auf das Deregulierungsdekret Nr. 958/92 zurück, das das Aufkommen vieler kleiner Unternehmen im Landesinneren ermöglichte, die durch Nichtzahlung der Steuern und Sozialabgaben Preisverringerungen von bis zu 50% gewähren konnten.

Der Argentinische Hüttenverband gab die Produktionszahlen in 1.000 t für Juni bekannt: Roheisen 285,5, -5,8% gegenüber dem Vormonat, +24,0% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat und im Halbjahresvergleich +37,2%; davon Gusseisen 182,1 (+10,9%, +16,1%, +12,9%) und Schwammeisen 103,3 (-25,6%, +40,8% + 103,7%). **Rohstahl 337,9, -4,2%, +9%, +23%.** Warmwalzpro-

dukte 308,6 (-19,7%, -4,1%, +16,4%); davon Profile und nahtlose Rohre 150,0 (-8,9%, +5,4%, +29,0%) und Bleche und Bänder, einschliesslich für die anschließende Kaltbehandlung 158,6 (-27,8%, -11,6%, +7,9% und **Kaltwalzprodukte, ausser der genannten, 115,5 (-2,4%, +0,5%, -2,7).**

Eine Umfrage der Consultingfirma D'alessio-Harris ergab, dass im letzten Halbjahr 70% des argentinischen Mittelstandes den Verbrauch eingeschränkt hat. 51% plant, auch in Zukunft weniger zu verbrauchen.

Das deutsche Gesundheitsdienstleistungsunternehmen Fresenius Medical, Bad Momburg, muss in Argentinien 6 Dialyse-Laboratorien abstossen, um den Verbraucherschutz-Verordnungen zu entsprechen. Fresenius hat im Januar die US-Firma RTC für US\$ 161 Mio. erworben. Damit führt sie 97 der insgesamt 330 Dialyse-Laboratorien in Argentinien und muss 6 davon verkaufen. Fresenius wurde 1996, nach dem Kauf der National Medical Care, USA, weltweit grösster Dialyse-Anbieter und betreut 84.000 Patienten, vor Gambro AB, Schweden, mit weltweit 43.000 Patienten.

Durch den Verkauf der Nahrungsmittelabteilung von Diageo an General Mills wechseln hier La Salteña, Teigwaren, und Delicity, Ge-

bäck, sowie die Lizenz für Häagen Dasz Eiscreme, wieder den Besitzer. Diageo führt hier die Getränkemarken Cinba, Caña Legui, Cognac Reserva San Juan und Cinzano und vertreibt die Weine Navarro Correas und Rodas. Ausser einem Joint venture mit Refinerías de Maiz war General Mills in Argentinien bisher nicht tätig.

Die Schätzung des Statistikamtes über Industrieproduktion (EMI, Estimador Mensual Industrial) für Juni ergab im Vorjahresvergleich ein Plus von 0,6% mit und von 1,4% ohne Saisonbereinigung. Der Vormonatsvergleich ergab 1,1% bzw. 2,7% Rückgang.

Die französische Casino will vor Jahresende in Gross Buenos Aires bereits 3 Discount-stores mit dem Firmennamen Leader Price in Betrieb haben und Día und Eki Konkurrenz machen. Ein Lokal erfordert rd. US\$ 500.000 Investition und bietet dem Kleinabnehmer bei geringer Auswahl (500 bis 1.500 Produkte) sehr günstige Preise. Diese Lokale, mit weniger als 800 qm Verkaufsfläche, werden durch die neue Gesetzgebung der Provinz Buenos Aires besonders begünstigt, die Einschränkungen für grosse Supermärkte enthält und in Ortschaften bis zu 300.000 Einwohnern Lokale mit mehr als 1.000 qm verbietet. In grösseren Ortschaften wird die Fläche auf 2.000 qm beschränkt. Casi-

Geringere Strompreise ab August

Im Juni haben die Grosshandels-Strompreise um 30% zugelegt. Für den Endverbraucher würde das theoretisch um rd. 15% höhere Preise auf seiner Rechnung bedeuten, da die saisonbedingten Schwankungen der Grosshandelspreise nicht direkt übertragen werden. Die Änderung der Strompreise für Kleinabnehmer erfolgt jedoch nur im Februar, Mai, August und November. Die zuständige Strombehörde (Cammesa) gab bekannt, dass der Grosshandelspreis von \$ 20 bis \$ 22 auf \$ 29 pro MWh gestiegen ist, ausgelöst durch die Kälte und die Stromausfuhren von 1.000 MWh nach Brasilien. Der Stromverbrauch erreichte, ohne die Lieferungen nach Brasilien, einen Rekordwert von 13.700 MW, um 18,7% mehr als der Spitzenverbrauch 1999.

Allerdings haben die starken Niederschläge einen hohen Wasserpegel in den Staudämmen der Wasserkraftwerke gesichert, der durch die Schneeschmelze in den Bergen bis weit in den Sommer anhalten wird. Der aus Wasserkraft gewonnene Strom ist der billigste, der in das landesweite Verbundnetz eingespeist wird, was sich immer günstig auf die Strom-Grosshandelspreise auswirkt.

Wirtschaftsminister Machinea hat bereits angekündigt, dass ab August bis einschliesslich Oktober die Stromlieferungen der Verteilungsunternehmen Edenor, Edesur und Edelap, die den Raum Gross Buenos Aires versorgen, gegenüber den derzeitigen Preisen für Haushalte um 4,5% bis 5% zurückgehen werden, für Industrien um geschätzte 8% bis 9%. Das Quartal vom August bis zum Oktober hat saisonbedingt, wegen des beschriebenen grösseren Einsatzes von Wasserkraft für die Stromgewinnung, immer die niedrigsten Strompreise. Im Vorjahr hatte die Preisverringerng in diesem Quartal für Haushalte 3% betragen.

Der effektive Rückgang der Grosshandelspreise im genannten Quartal wird mit 15% bis 17% angenommen. Für den Handel würde das um durchschnittlich 6,25% geringere Strompreise ergeben, für die Industrie um durchschnittlich um 8,75% weniger.

Bei der Privatisierung der Stromversorgung wurde verfügt, dass die Strompreise im November und im Mai nach den angenommenen Gegebenheiten am Grossistenmarkt für das nächste Halbjahr festgelegt werden. Im Februar und im August müssen auf Grund der tatsächlichen Entwicklung Anpassungen dieser Preise bestimmt werden.

H. Quaini vom Energiesekretariat erklärte, dass diesmal mit einem grösseren Preisabschlag gerechnet werden könne, weil nach Jahren geringer Niederschläge sowohl in den Andengebieten als auch von den Paraguay-, Paraná- und Uruguayflüssen (Yacyretá und Salto Grande) ausreichende Wassermengen zu erwarten seien. Ferner wird die Stilllegung des Kernkraftwerkes Embalse, das rd. 5% des landesweiten Gesamtverbrauches liefert, hinausgeschoben. Ausserdem könne das Gas-Dampf Kombikraftwerk in Dock Sud früher als vorgesehen in Betrieb genommen werden.

no kam 1998 durch den Kauf des Kontrollpaketes Libertad-Supermärkte für US\$ 200 Mio. nach Argentinien.

Die Wirtschaftsführung konnte einen Wechselbond für US\$ 100 Mio. auf 21 Monate zu 9,94% im Jahr unterbringen. Es ist der 2. niedrigste Zinssatz in diesem Jahr und wird als Verringerung des argentinischen Länderrisikos gewertet.

In den ersten 10 Julitagen hat die ZB 4.852 Konten wegen Ausgabe ungedeckter Schecks gesperrt, wie Fidelitas mitteilte. Das seien mehr als die 4.524 Sperrungen im ganzen Juni. Die Consultingfirma erklärt allerdings, dass möglicherweise Sperrungen vom Juni erst im Juli gemeldet wurden, da nun eine Toleranzgrenze von 14 Tagen für die Kontodeckung besteht. Im 1. Halbjahr betrugen die Kontosperrungen um 26% weniger als im Vergleichszeitraum 1999. Die Junisperrungen lagen um 15,5% unter jenen des Vormonates und 35,6% unter Juni '99.

Chrystien Colombo, Präsident der Banco de la Nación, prangerte die Kreditverleihung der Bank an die Yomagruppe an, die das Finanzinstitut mit US\$ 87 Mio. zum grössten Gläubiger des Gerbereiunternehmens gemacht hat. Die Verleihung war von Anfang an unrichtig und falsch bewertet. Er erwähnte, dass es beim Antikorruptionsamt 5 Anzeigen, auch von der Bank, gegen Yoma gebe.

Enargas-Vorsitzender Fórmica erklärte, ab Juli würden die Gaspreise um 1,5% steigen, eine weitere Zunahme sei im Oktober zu erwarten. Die Julizunahme entspreche der im Durchschnitt 2,49%igen Zunahme, die im Januar fällig war und verschoben wurde. Daraus entstand eine Schuld, die zu 30% jetzt und zu 70% im Oktober abgegolten werden muss. Er erwarte jedoch einen Rückgang der Förderpreise von 2%, weshalb im Oktober mit einer Preisverringerng von 0,5% zu rechnen sei. Nach der Unterzeichnung durch die 11 Gasverteiler wird das Abkommen durch Dekret be-

kannt gegeben.

Ein Teil der neuen Arbeitsgesetze wurde mit dem Dekret 568/00 und den Beschluss 870 der Steuerbehörde reglementiert. Um geringere Sozialabgaben zahlen zu können, muss ein Unternehmen seine Belegschaft seit dem 30. April erhöht haben, und darf sie durch einige Monate nicht verringern. Der Abschlag bei den Sozialabgaben beträgt 33%. Sollte die Belegschaft unter den Aprilstand verringert werden, muss der Arbeitnehmernach Dienstzeit Personal einstellen, das unter die Bestimmungen über Abgabenverringerngen fällt. PAMI und die Sozialwerke, die Arbeitgeberbeiträge von 2% und 5% erhalten, sind von der Bestimmung ausgenommen.

Durch Gesetz 25.256 (Amtsblatt vom 17.7.00) wurde bestimmt, dass in der Regierung eine Kommission geschaffen wird, die sich mit dem Studium und der Optimierung des Industriekomplexes von „Fabricaciones Militares“ befasst, um die Produktion für die Verteidigung zu fördern. Die meisten und grössten Unternehmen dieses Militärkonzerns wurden privatisiert, die Bergbaugebiete an Dritte vergeben, was verbleibt, sind einige Waffenfabriken, für die es

bisher keine Käufer gab, Sprengstofffabriken und das Hauptgebäude an der Cabildo 55. Statt FM ganz zu liquidieren, wird jetzt eine Kommission dafür sorgen, dass dies nicht geschieht.

Durch Beschluss 544/00 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 18.7.00) wurde eine offizielle Prüfung der Importe von Glasfasern aus Brasilien eingeleitet, die von der Firma Pirelli Cables S.A. geliefert werden.

Die Banco de la Nación hat mit den wichtigsten Informatikunternehmen ein subventioniertes Kreditabkommen über \$ 1 Mrd. unterzeichnet, durch das der landesweite Bestand erschwinglicher Heimcomputer verdoppelt werden soll. Dem Endverbraucher sollen die Raten in 3 Jahren direkt vom Gehalt abgezogen werden. Damit soll auch das Internet gefördert werden. In Argentinien soll es 2,3 Mio. PCs (personal computers) und rd. 1 Mio. Internetsurfer geben. Die Regierung will dem Internet in 2 Jahren eine weitere Million Verbraucher zuführen.

Ab 2001 sollen alle Amtswege zur Gründung eines kleinen oder mittel-

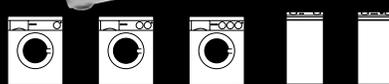
LAVARropas

KOH-I-NOOR

ENTRA EN SU CASA



Entra en su casa
40 cm.
DE ANCHO



Importa: API S.A.I.C. - Distribuye: AUTOSAL S.A. Echeverría 930
Florida (1602) Prov. de Buenos Aires - Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800

ständischen Unternehmens (Pymes), seien sie für den Staat, die Provinz oder Gemeinde, an einem Schalter abgefertigt werden können. Damit sollen, so G. Rozenwurcel, Staatssekretär für die Pymes, 25% der Gründungsspesen gespart werden. Sollte ein für La Plata, Bahía Blanca und Olavarría vorgesehener Pilotplan in 6 Monaten erfolgreich sein, würde das System auf das ganze Land ausgedehnt werden. Im Schatzamt wurde ermittelt: Eine Teigwarenerzeugung mit 5 Mitarbeitern, die in La Plata mit US\$ 25.000 Investition beginnen will, muss auf den 3 Verwaltungsebenen 34 Amtswege beschreiten. Die Staats-, Provinz- und Gemeindebewilligungen beanspruchen 150 Tage und kosten \$ 1.000 bis \$ 1.700. 7 Formulare müssen ausgefüllt, 9 Zahlungen in verschiedenen Banken und Ämtern durchgeführt, 27 Bescheinigungen vorgelegt und 3 Gesuche bei verschiedenen Stellen eingereicht werden.

Im Juni konnte die öffentliche Hand einen Überschuss von \$ 874,4 Mio. buchen, knapp \$ 150 Mio. mehr als der Schatzamtausweis. Wie die Wirtschaftsführung erklärte, sind das rd. \$ 700 Mio. mehr als der Juniüberschuss 1999. Die IWF-Auflagen konnten mit einem Überschuss von \$ 451,4 Mio. erfüllt werden. Das Ergebnis wurde durch höhere Einnahmen von \$ 685,5 Mio. (ohne Beteiligungen der Provinzen) und um \$ 14,4 Mio. geringere Ausgaben erzielt. Bei Ausgaben wurden um \$ 36,8 Mio. weniger Gehälter bezahlt, \$ 34,9 Mio. weniger investiert und für \$ 28 Mio. weniger Güter und Dienstleistungen erworben, was die um \$ 75,4 Mio. höhere Schuldbedienung (insgesamt \$ 538,7 Mio.) ermöglichte. Das Halbjahresdefizit betrug \$ 2,24 Mrd., nach Abzug des ZB-Ergebnisses von \$ 98,4 Mio. Mit dem IWF waren \$ 2,69 Mrd. vereinbart worden.

Die Provinzregierung von Santa Fe und die Hafenterminals von Rosario haben die Auflösung des 1998 geschlossenen Konzessionsvertrages vereinbart. Beide Teile ziehen ihre Rechtsschritte zurück.

Das Katasteramt von Buenos Aires Stadt gab bekannt, dass im Juni im Vorjahresvergleich um 9% weniger Wohnungseintragungen, 7.174 gegen 7.885 im Juni 1999, durchgeführt wurden. Im 1. Halbjahr wurden 42.585 Eintragungen durchgeführt, im Vergleich um 1,1% weniger.

Der Umsatzanteil der kleinen Geschäfte am Einzelhandel ist in den letzten 15 Jahren von 56,4% auf 17,6% zurückgegangen. Die Supermärkte haben hier mit \$ 15 Mrd. Umsatz rd. 80% Marktanteil erzielt. Die internationale Consultingfirma A.C. Nielsen hat weiter ermittelt, dass von 1984 bis 1999 der Lebensmittel-Kleinhandel 39% Anteil einbüßte, Selbstbedienungsläden und Discountstores 8% zugelegt haben. Die verschiedenen Formen der Selbstbedienung habe seit

1984 von 43% auf 82% des Umsatzes zugenommen.

Ein Rechtsurteil hat den Versuch, U-Bahninvestitionen von \$ 1,4 Mrd. zu stoppen, vereitelt. Ein Schutzrekurs einer Verbraucherschutzorganisation hatte beantragt, dass die Verhandlungen des Staates mit Metrovías über den Investitionsplan bis 2017, gegen Fahrpreiserhöhungen von 60 auf bis zu 75 Centavos, aufs Eis gelegt werden. Der zusätzliche Fahrpreis würde nicht vom Unternehmen, sondern vom Staat für Erweiterungsarbeiten verwaltet werden.

Industrie- und Handelssekretärin Giorgi wies den Antrag der Kfz-Fabriken zurück, Steuerermässigungen zur Umsatzbelegung durchzuführen. Auch bestätigte sie, dass der Verschrottungsplan am 31.10.00 ausläuft.

Minister Nicolás Gallo sprach sich gegen die Fusion von Correo Argentino und OCA aus. Dies würde ein Monopol schaffen. Die Entscheidung hängt jedoch nicht von ihm ab, sondern zunächst vom Staatssekretär der Konkurrenz- und Verbraucherschutz, Carlos Winograd. Gallo hat dabei nicht berücksichtigt, dass Correo Argentino S.A. ohne eine breitere Basis die hohen Gebühren kaum wird zahlen können. Auch wenn die Macri-Gruppe aufgibt, dürfte kein anderer einen so hohen Betrag als Gebühr zahlen. Für die Staatskasse, die sich bei dieser Fusion die Zahlung der Gebühr sichert, handelt es sich um ein gutes Geschäft.

Infrastrukturminister Gallo sprach sich für die Beibehaltung der Trasse Punta Lara (bei La Plata) bis Colonia für die Brücke nach Uruguay, und gegen das als Privatinitiative vorlegte Projekt einer Brücke von Brazo Largo, Entre Ríos, über das Paraná-Delta bis Nueva Palmira, aus. Das erste Projekt kostet indessen angeblich eine Milliarde Dollar, die erfahrungsgemäss in der Praxis stark zunimmt, und ist absolut unrentabel, so dass kein Privatunternehmen das Projekt ohne Subventionen errichten wird, womit es zusammenbricht. Das andere Projekt hingegen kostet höchstens US\$ 100 Mio. und hat ausserdem den Vorteil, dass es eine Strassenverbindung für Inselgebiete des Delta schafft, was deren wirtschaftliche Nutzung erleichtert. In diesem Fall geht die Rechnung mit einer Strassengebühr auf. Bautensekretär Fioravanti sprach sich entgegen der Meinung seines Ministers für dieses Projekt aus.

Kabinettschef Terragno hat einen Bericht über die Nutzniesser sozialer Programme vorgelegt, aus dem hervorgeht, dass 265 Mio. Personen Unterstützung von irgend einem der 34 direkten Sozialprogramme erhalten. Die Aufstellung teilt die Empfänger nach Provinzen, Altersstufen u.a. Kriterien ein und weist auch auf die Fälle hin, in denen eine Person

Mittel aus 2 Programmen erhält, die sich ausschliessen.

Der Industrieproduktionsindex des privaten Fiel-Institutes lag für Juni um 6,6% unter Mai (der offizielle des Indec hatte 2,7% Abnahme und gegenüber Juni 1999 0,4% Zunahme angeben), als sich die Rezession auf ihrem Tiefstand befand. Für das 1. Halbjahr berechnet Fiel eine Zunahme von 6,3%, wobei jedoch das 1. Quartal 9,9% Zunahme und das 2. 3,1% Zunahme aufweisen. Die Abnahme im Juni gegenüber dem Vormonat ist die 4. in Folge.

Die Provinz Buenos Aires hat 298.000 säumige Steuerpflichtige wegen zum 31.12.99 insgesamt für 797 Mio. geschuldeten Umsatz-, Immobilien- und Kfz-Steuern gemahnt. Gegen 36 grosse Schuldner für knapp \$ 28 Mio., die sich nach der Mahnung nicht gemeldet haben, wurde Anzeige erstattet. Mit dem im April begonnenen, sogenannten Konsolidierungsplan für etwa 700.000 Steuerschuldner, will die Provinz bis Jahresende \$ 300 Mio. einnehmen.

Die Consultingfirma Prince & Cooke hat ermittelt, dass es in Argentinien 1,8 Mio. Internetsurfer gibt, von denen nur 700.000 an einen Dienstleister angeschlossen sind. Ein Anschluss wird demnach im Durchschnitt von 2,5 Surfern verwendet. 4,86% der Bevölkerung sind angeschlossen, 98% der Haushalte über das Telefon. Für Dezember 2001 sagt die Firma 4 Mio. Surfer voraus, für Ende 02 mehr als 6 Mio. Von den Surfern seien 57% Männer, 60% Akademiker, 94,5% gehören wirtschaftlich der Oberschicht an, 68% lebt in Gross Buenos Aires und 32% im Landesinneren. Durchschnittlich wird 12 Stunden in der Woche und 62 Minuten pro Mal gesurft.

Unilever hat ihre 1997 erworbene Eiscremefabrik Kibón, vormals La Montevideana, von Santa Fe nach Sao Paulo verlegt. Als Grund wurden Steuervorteile in Brasilien angegeben.

Die argentinische Niederlassung der holländischen Versicherungsgruppe ING übernimmt ab nächstem Jahr alle Tätigkeiten der US-Firma Aetna in Argentinien: Die Lebensversicherungsgesellschaft Aetna Vida und die private Krankenkasse AMSA, die grösste des Landes. Bisher war ING hier mit ING Bank als Investmentbank und mit ING Assurances als Versicherer tätig.

Der Aktientausch zwischen den Banco Rio und BSCH (Banco Santander Central Hispano) war zu 93,8% erfolgreich. Damit hält die BSCH 79,2% der Banco Rio und wird eine der 22 Firmen, die den Merval-Börsenindex bilden. Im nächsten Jahr soll die BSCH von der Kaufoption auf den Grossteil der Restaktien, die der Pérez Companc-Gruppe gehören, Ge-

brauch machen. Ausser der Banco Rio besitzt die BSCH in Argentinien die Banco Tornquist und 9,97% der Banco de Galicia.

Private und offizielle Banken haben der Regierung \$ 2 Mrd. zur Verfügung gestellt, um den staatlichen Sozialwohnungsplan zu beginnen, der im 1. Jahr 100.000 Wohnungen für die unteren und mittleren Einkommensschichten und 350.000 Arbeitsplätze schaffen soll. Der Betrag soll 2 Treuhandfonds speisen, einen zur Finanzierung der Bauvorhaben, den anderen zur Finanzierung des Kaufes der Wohnungen, die etwa \$ 20.000 kosten sollen. Zielkunden sind Familien, die Monatsraten von \$ 150 bis 200 zahlen können. Die Jahreszinsen werden 8% betragen, die Laufzeiten 20 bis 25 Jahre.

In einer Website, Licitatio.com, sollen alle öffentlichen Ausschreibungen aufscheinen. Es geht um 80% jährlicher Käufe von etwa \$ 4,5 Mrd. für die Lastenhefte, Termine sowie vorläufige und endgültige Zuschläge bekannt gegeben werden.

Die durch öffentlichen Ausschreibung umstrukturierten Dienstleistungen des Rentnersozialwerkes Pami teilen die Betreuung der Rentner auf 60 UGP (Unión de Gestión y Participación) benannte Dienstleister auf. Jede UGP kann bis zu 100.000 Mitglieder haben und muss sich für \$ 18 bzw. \$ 20 im Monat, je nach Gebiet, zu einer ausreichenden Betreuung der Rentner verpflichten.

Das von Argentinien bereits ratifizierte Bergbauabkommen von 1997 mit Chile soll auch vom Senat dieses Nachbarstaates im nächsten Monat ratifiziert werden. Das Abkommen soll in diesem Jahrzehnt Investitionen für US\$ 20 Mrd. bringen.

Die ZB hat verfügt, dass die Bürgschaften der Fonds für gegenseitige Garantiestellungen (SGR) von den Banken ohne Einschränkungen angenommen werden dürfen. Die ZB wird ein Register dieser Garantiefonds anlegen. Nur Garantien der dort eingetragenen Fonds dürfen angenommen werden.

Konkurse und Vergleichsverfahren		
(in Pesos)		
	1998	1999
Aug.	37.593.175	67.863.370
Sep.	37.996.155	44.575.111
Okt.	85.853.765	40.291.535
Nov.	96.961.488	69.440.608
Dez.	41960.030	78.796.238
	1999	2000
Feb.	26.357.337	109.596.150
März	65.728.180	163.135.905
Apr.	121.580.546	27.872.064
Mai	179.126.403	106.852.128
Juni	41.909.811	11.163.762
Juli	3.849.203	16.561.172

Rangliste argentinischer Exporteure 1999 (in Mio. US\$)

1	Repsol YPF	Erdöl	1.438,41	13	Siderar	Stahl	321,30
2	Cargill	Nahrungsmittel	1.084,60	14	Bunge Seval ..	Pflanzenöle ..	309,39
3	Louis Dreyfus	Getreide u.a.	694,63	15	A.C. Toepfer ..	Getreide	308,17
4	Aceit.Gral.Deheza ..	Pflanzenöle	672,14	16	Pet.Ar.S.Jorge	Erdöl	267,10
5	La Plata Cereal ..	Nahrungsm.	561,52	17	Oleag.Moreno	Pflanzenöle ..	257,58
6	Vicentín	Getreide	516,14	18	Siderca	Stahlrohre ...	254,48
7	Prod.Sudam	Nahrungsmittel	480,97	19	Fiat	Kfz	250,00
8	Min.Alumbraera ..	Bergbau	438,00	20	Pecom-Agra ..	Pflanzenöle ..	245,81
9	Volkswagen	Kfz	424,83	21	Mol.Rio d.l.Plata	Nahrungsmittel	218,37
10	Ford	Kfz	370,47	22	Aluar	Aluminium ...	208,99
11	Nidera	Getreide	355,69	23	Gen.Motors	Kfz	204,16
12	Asoc.Coop.Arg. ..	Getreide	330,00	24	Arcor	Süßigkeiten	200,00

Quelle: Prensa Económica

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT Hohe Arbeitslosigkeit

Mit einem bemerkenswerten Talent, die negativen Daten vorzeitig mitzuteilen, haben sich mehrere Regierungssprecher in den letzten Wochen darin geübt, vorzeitige Prozenzte der Arbeitslosigkeit mitzuteilen. Am 20. Juli wurden, wie angekündigt, die endgültigen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit im ganzen Land bzw. in 28 Städten mitgeteilt. Sie ergaben 15,4% Vollarbeitslosigkeit und 14,5% Teilarbeitslosigkeit, doch vorher wurden ähnliche Prozentsätze bekannt gegeben und Teilergebnisse mitgeteilt. Die Regierungssprecher, Minister und andere Beamte, gaben die vorzeitigen Ergebnisse zum Besten, als ob sie damit das ohnehin pessimistische Wirtschaftsklima verbessern würden.

Mit dieser Methode, die Öffentlichkeit einige Wochen lang mit Zahlen über die hohe obwaltende Arbeitslosigkeit zu bombardieren, haben sie genau das Gegenteil erreicht. Es hätte genügt, wenn nur die endgültigen Zahlen am 20. Juli veröffentlicht worden wären, aber vorher alle Sprecher geschwiegen hätten, zumal damals noch keine zuverlässigen Statistiken vorlagen.

Mit einer Vollarbeitslosigkeit von 15,4% im Mai, als die letzte Ermittlung durchgeführt wurde, befindet sich die argentinische Wirtschaft seit einem Jahrfünft in einer Krise der Beschäftigung mit Zahlen, die zwischen 12% und über 18% schwanken und meistens bei 13% bis 15% liegen. Im Mai 1999, im Tiefpunkt der Rezession, war die Vollarbeitslosigkeit mit 14,5% und die Teilarbeitslosigkeit mit 13,7% ausgewiesen worden.

Die Tequila-Rezession von 1995 hatte die echte Beschäftigungslage deutlich gemacht, die vorher durch allerlei Massnahmen der abgeriegelten und inflationären Wirtschaft verdeckt gewesen

waren. Die eigentliche Arbeitslosigkeit vor der Hyperinflation von 1989/90 hatte bei 22% gelegen, obwohl die offiziellen Ermittlungen nur etwa ein Drittel ergaben. Die jüngste Mai-Ermittlung legt 15,4% offen zu Tage.

Knapp über 2 Mio. Erwerbstätige sind voll arbeitslos, d.h. sie haben in der Woche vor der statistischen Erfassung laut einer Umfrage in repräsentativen Haushalten keine Arbeit verrichtet. Hinzu kommen fast weitere 2 Mio. Teilarbeitslose, die in der gleichen Woche weniger als 35 Stunden gearbeitet haben und länger arbeiten wollen, zusammen 4,0 Mio. Erwerbspersonen mit Arbeitsproblemen, die 29,9% aller städtischen Erwerbspersonen ausmachen.

Die Statistik bezieht sich auf die städtischen Erwerbspersonen, die auf 13,82 Mio. Menschen geschätzt werden. Die gesamte Erwerbsbevölkerung, einschliesslich Land-, Bergbau- und anderer Arbeiter, wird auf rund 16 Mio. Menschen geschätzt und soll in der Volkszählung von 2001 ermittelt werden. Wie hoch die Arbeitslosigkeit unter der Erwerbsbevölkerung ausserhalb der Städte ist, lässt sich nicht sagen, doch kann angenommen werden, dass sie geringer als in den Städten ist.

Die Statistik über die Arbeitslosigkeit muss ohnehin mit Skepsis beurteilt werden, weil sie auf Umfragen beruht, die hochgerechnet werden. Buchhalterisch erfasste Arbeitslose gibt es nur etwa 130.000, die die Subvention aus der Sozialkasse beziehen, wogegen es um angenommene 4,0 Mio. Teil- oder Vollarbeitslose geht, die nahezu 30% der städtischen Erwerbspersonen darstellen.

Die Arbeitslosigkeit beruht auf einer städtischen Erwerbsbevölkerung von angenommenen 42,4%, knapp unter 42,8% im Mai 1999.

Diese Zahl hat um über 4 Prozentpunkte zugenommen, seit die argentinische Wirtschaft die Hyperinflation hinter sich gelassen hat. Das erklärt die hohe Arbeitslosigkeit zum Teil, weil sich entsprechend mehr Menschen für Arbeitsstellen melden, die es vorher unterlassen hatten, namentlich Hausfrauen und Jugendliche.

Wie üblich, verzeichnen die Statistiken über die Arbeitslosigkeit stark abweichende Prozentsätze je nach Provinzen und städtischen Bereichen. Die niedrigsten Zahlen werden in Südpatagonien mit nur 1,9% in Santa Cruz festgestellt. Auch San Luis, die die solidesten Provinzfinanzen ausweist und über 60% des Budgets für arbeitsbeschaffende Investitionen aufwendet, zeigt nur 7,5% Arbeitslosigkeit.

An der Spitze rangiert Tucumán mit 19,9% Arbeitslosen, gefolgt von Catamarca mit 19,6%, Jujuy mit 18,8%, Santa Fe mit 18,5%, Entre Ríos mit 17,2% und Buenos Aires mit 16,5%, davon Gross-Buenos Aires mit 17,9%, allesamt über dem Landesdurchschnitt besagter 15,4%. Córdoba steht darunter mit 13,4% zu Buch und hat die Arbeitslosigkeit um etwa 2 Prozentpunkte gegenüber Mai

Die Postfusion

Das ehemalige staatliche Postunternehmen, das mit dem Namen „Correo Argentino“ privatisiert und von der Macri-Gruppe übernommen wurde, hat eine Fusion mit dem Postunternehmen OCA beantragt, das dem Exxel-Investmentfonds gehört, der es seinerzeit von Alfredo Yabrán übernommen hatte, der kurz danach angeblich Selbstmord verübte. Worüber gut fundierte Zweifel bestehen, da Yabrán im Ausland gesehen wurde und die Art des Selbstmordes, mit einem Schuss in den Mund, der das Gesicht zerstört, an sich schon verdächtig ist. Wie verlautet, soll ein Vagabund der Gegend, in der Yabrán seine „Estancia“ hatte, an seiner Stelle ermordet worden sein. Wenn man dies weiter denkt, so muss man sich auch fragen, ob der Verkauf von OCA an Exxel echt ist, oder ob nicht Yabrán immer noch hinter der ganzen Angelegenheit steckt. Doch lassen wir dies für den staatlichen Informationsdienst SIDE und kehren wir zur Fusion zurück.

Das Geschäft ist logisch, da dabei grosse Kostenersparnisse eintreten. Wenn ein Lastwagen die ganze Post nach einem bestimmten Ort befördern kann, hat es keinen Sinn, dass die Arbeit auf zwei ver-

1999 gesenkt, was den Gouverneur de la Sota erfreut, der sich emsig um neue Niederlassungen ausländischer Unternehmen zwecks Arbeitsbeschaffung kümmert. Patentlösungen zur Senkung der Arbeitslosigkeit werden zwar dauernd herungereicht, wirken aber trotz offizieller Arbeitsbeschaffungen nur am Rande. Der sozial sicherlich schlimmste Aspekt der Arbeitslosigkeit sind die Dauerarbeitslosen, die über ein Jahr keinen neuen Arbeitsplatz finden und vielfach ausgebildete Akademiker mit Berufserfahrung und Familienlasten sind. Arbeitslose, die binnen weniger Monate neue Stellen finden oder für sich selbst sorgen, sind nur Konjunkturprobleme. Sobald die Konjunktur aufstrebte, finden sie wieder Arbeit. Anders verhält es sich mit den sogenannten Strukturarbeitslosen, die durch technologische Reformen, insbesondere als Folge der Elektronik und Informatik, ihre Stellen verlieren und besondere Mühe haben, weiterhin beschäftigt zu bleiben, um ihre Familien zu ernähren und vielfach ihre Kinder auszubilden. Diese strukturellen sozialen Härten abzuschwächen, bleibt das ungelöste Problem der argentinischen Wirtschaft.

teilt wird. Die privaten Postdienste konnten vor der Privatisierung der Staatspost nur expandieren, weil diese einen schlechten Dienst verrichtete, wobei viele Briefe verloren gingen, andere geöffnet und Schecks gestohlen wurden. Yabrán pflegte damals die Postasträger zu schmieren, damit sie Postsäcke wegwarfen. Nachdem all dies aufgehört hat und der „Correo Argentino“ ordentlich verwaltet wird, ist es unvermeidlich, dass eine Tendenz zur Konzentrierung des Postgeschäftes in einem Unternehmen eintritt. Nur in Sonderfällen haben dann private Postunternehmen einen Sinn.

The Exxel Group besitzt nun über die Holdinggesellschaft „International Mail“, die 100% von OCA innehat, 69,23% des Kapitals von „Correo Argentino“. Einen Teil hat Exxel in bar bezahlt und für einen anderen Teil erhält die Macri-Gruppe Aktien von „International Mail“. Nach diesem Kauf- und Tauschgeschäft wurde die Fusion beantragt, die jetzt von den Behörden genehmigt werden muss. Die anderen Aktionäre des „Correo Argentino“, Banco Galicia mit 12,5%, die Internationale Finanzkorperschaft (eine Weltbanktochter, im Kürzel IFC) mit 4,27% und die Arbeitnehmer mit 14% (inner-

halb des Programms der Eigentumsbeteiligung an den Privatisierungen) werden wohl ihre Aktien auch für solche von „International Mail“ tauschen. Aber sie können durchaus auch als Aktionäre des „Correo Argentino“ verbleiben, nachdem dieser mit OCA fusioniert wird. Nur werden ihre prozentualen Anteile sinken.

Die Macri-Gruppe hatte einen Konflikt mit der Regierung, der jetzt beigelegt werden soll. Sie hatte die Ausschreibung mit einem Angebot einer Gebühr von \$ 103 Mio. jährlich gewonnen, was mehr als doppelt so viel war, als die anderen Interessenten geboten hatten, die der Meinung waren, dass das Postgeschäft eine Gebühr, wie sie Macri zu zahlen versprach, nicht rechtfertigte. Der „Correo Argentino“ blieb die Halbjahresgebühr, die am 31. März verfiel, schuldig. Macri wollte die Gebühr gegen Schulden des Staates wegen nicht gezahlter Postdienste verrechnen und forderte auch, dass die angeblich versprochenen allgemeinen Bedingungen für den Postdienst eingeführt werden und gleiche Arbeitsbedingungen für alle Postdienste geschaffen werden. Minister Gallo bildete eine Kommission für die Behandlung dieser Fragen, deren Frist inzwischen abgelaufen ist. Die Schuld des Postunternehmens wurde durch Anerkennung von Staatsschulden von \$ 20 Mio. (Macri hatte von über \$ 200 Mio. gesprochen) auf \$ 32,5 Mio. herabgesetzt. Ausserdem hat die Regierung die Ausarbeitung eines Dekretes in Angriff genommen, durch das für private Postdienste ein relativ hohes Mindestkapital u.a. Bedingungen festgesetzt werden, was in der Praxis bedeutet, dass viele aufgeben oder ebenfalls fusionie-

ren müssen.

„Correo Argentino“ erhält jetzt eine dominierende Marktposition, da der Anteil am gesamten Postgeschäft nunmehr von rund 40% auf 70% steigt. Danach kommt Andreani mit etwa 4% und dann an die 280 kleinere Unternehmen. Unter normalen Umständen wurde diese Konzentration kraft des Gesetzes über Konkurrenzschutz nicht zugelassen. Aber in diesem Fall besteht ein derartig bedeutender Gewinn an Wirtschaftlichkeit, dass man annehmen kann, dass die Fusion zugelassen wird. Ausserdem bestehen für den normalen Postdienst offiziell festgesetzte Tarife, zu deren Einhaltung sich der Konzessionär verpflichtet hat. Dieser Bereich der Post wird als öffentlicher Dienst angesehen und dementsprechend geregelt. Vom Standpunkt von OCA bedeutet die Fusion einerseits eine starke Kostenersparnis, aber auf der anderen Seite eine Belastung durch die hohe Gebühr. OCA zahlt bisher keinerlei Gebühr, seit Cavallo den privaten Postdienst dereguliert hat. Vorher mussten die privaten Dienste den Kunden mit dem normalen Posttarif belasten und diesen Betrag an die Staatspost abführen. Dass die Unternehmen dennoch konkurrieren konnten, mit Tarifen die vier und mehr Mal so hoch wie die der staatlichen Post lagen, zeigt wie schlecht der Dienst die Staatspost war.

Das Postgeschäft wird gegenwärtig schwieriger, wegen der Konkurrenz durch Fax und E-mail. Auf der anderen Seite entsteht jedoch, besonders durch den E-commerce, ein zunehmender Paketverteilungsdienst, der das Geschäft mit einer anderen Struktur interessant machen kann.

Verhaltensregeln für Supermärkte gegenüber ihren Lieferanten

Der Konflikt der zahlreichen lokalen Erzeuger von Waren mit den Supermärkten, die ihre Hauptverkäufer an die Konsumenten sind, schwelt seit langem. Früher, als der Einzelhandel sehr verzettelt war, hatten die Lieferanten eine starke Position, insbesondere die grossen, so dass Preise meistens akzeptiert und auf den Konsumenten abgewälzt wurden. Die Supermärkte haben im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte eine derart markante Vorrangstellung entwickelt, dass sie die Macht haben, Preise zu drücken. Das hat sich durch die Konkurrenz unter Supermärkten verschärft. Dies war gewiss ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Stabilisierung, wobei dadurch sogar das tra-

ditionelle Mafia-Kartell der Bäckereien gebrochen wurde, da die Supermärkte auch Brot billiger verkaufen.

Indessen war dies nicht für alle Lieferanten tragbar, so dass viele aufgeben mussten. Das war auch in anderen Ländern so. Da die Supermärkte auch ihre Steuern zahlen und nur die kleineren unter ihnen sich eine Hinterziehung leisten können, die ins Gewicht geht, können kleinere Fabrikanten eben nicht mehr durch Hinterziehung ihre Konkurrenzfähigkeit erhalten. Die Supermärkte haben die Lieferanten somit gezwungen, effizienter zu sein.

Normalerweise hätte das Vordringen der Supermärkte eine dop-

pelte Reaktion auslösen müssen. Einmal hätten sich die Kolonialwarenläden u.a. zusammenschliessen müssen, durch Bildung von Genossenschaften oder durch Abkommen, um den Einkauf gemeinsam zu gestalten, die Geschäfte gemäss bestimmten Normen auszustatten und das Warenlager zu rationalisieren. Das haben sie jedoch nicht geschafft. Statt dessen haben ausländische Firmen auch Kettengeschäfte eingeführt, die nach dem Supermarktsystem arbeiten und wenige preiswerte Waren anbieten, die für den Konsumenten gedacht sind, der keinen grossen Einkauf macht, sondern meistens nur den Tagesbedarf deckt. Die zweite Reaktion, die auch ausgefallen ist, wäre die Bildung von Angebotskartellen, zumindest in den Branchen, in denen die Fabrikanten wenige sind.

Die Lieferanten haben sich schon lange über das Verhalten der Supermärkte beklagt. Dabei geht es nicht nur um den reinen Druck auf die Preise, sondern um bestimmte Bräuche, die ihnen Schaden zufügen. Der Staatssekretär für Konkurrenzschutz und Konsumentenverteidigung, Carlos Winograd, hat sich mit dem Thema befasst und in schwierigen Verhandlungen einen Kodex ausgearbeitet, der die Supermärkte zu gewissen Verhaltensformen zwingt und Freitag der Vorwoche zwischen Supermärkten und Verbänden von Lieferanten unterzeichnet wurde. Nur Carrefour, die grösste Kette (die auch Tia und Norte übernommen hat), hat das Dokument nicht unterzeichnet. Das kann sich als verhängnisvoller Fehler entpuppen, da im Kongress mehrere Abgeordnete den Fall per Gesetz regeln wollen. Voraussichtlich würde die Regelung dann dem Lieferanten einen viel grösseren Schutz gewähren. Der freiwillig unterzeichnete Kodex sollte einem Gesetzesprojekt dieser Art den Wind aus den Segeln nehmen. Auch Walmart war bei der Unterzeichnung des Dokumentes nicht anwesend, war aber bereit, es zu unterzeichnen.

Das Dokument bezieht sich auf folgende Punkte:

a. Strikte Erfüllung der Kaufbedingungen. Das bezieht sich vor allem auf die Zahlungsfristen, die die Supermärkte gelegentlich einseitig strecken.

b. Verwendung von Dokumenten, die die Lieferanten diskontieren können. Das wäre in erster Linie eine Rechnung mit fixem Zahlungsdatum („factura de crédito“) und dann eventuell auch ein vordatierter Scheck oder ein Wechsel.

c. Gleiche Behandlung der verschiedenen Lieferanten. Das be-

zieht sich auf kleinere Lieferanten, die sich in einer schwächeren Position als die grossen befinden, auf dessen Marken ein Supermarkt kaum verzichten kann.

d. Keine einseitigen Belastungen durch die Supermärkte, wegen besonderer Ausstellung („punta de góndola“), defekter Ware oder aus anderen Gründen. All dies bedarf der Einwilligung des Lieferanten.

e. Die Supermärkte dürfen kein Produkt unter dem Einkaufspreis verkaufen. Das ist einer der wesentlichen Streitpunkte. Denn in diesen Fällen belasten die anderen Supermärkte dem Lieferanten eine Differenz zwischen dem Einkaufspreis und dem Verkaufspreis des anderen Supermarktes, minus eine normale Marge, weil sie annehmen, dass die Ware billiger gekauft worden ist. Auch wenn die anderen Supermärkte nicht sofort so handeln, schwächt dies die Verkaufsposition des Lieferanten bei den Supermärkten im allgemeinen. Carrefour ist jedoch besonders gegen diesen Punkt, mit dem Argument, dass dies zu den üblichen Verkaufspraktiken gehöre.

f. Schliesslich soll ein Schlichtungsverfahren bei Streitigkeiten eingeführt werden, bei dem ein Schiedsgericht, mit Vertretern beider Parteien und unabhängigen Personen entscheidet, ohne Berufungsmöglichkeit vor der Justiz, und mit der Befugnis, Strafen und Bussen zu verfügen.

Das Abkommen bezieht sich noch auf allgemeine Aspekte, die keine grosse konkrete Bedeutung haben, wie die Durchführung gemeinsamer Programme und die Bedingungen für eine Vertragsunterbrechung. Diese Regelung ist sehr wichtig, besonders für kleinere und mittlere Unternehmen, die von jetzt an einen grösseren Schutz geniessen und auch ihre Finanzprobleme lösen können, wenn sie über Dokumente von Supermärkten verfügen, die sie bei Banken diskontieren können. Für die Supermärkte bedeutet diese Regelung keinen Schaden, sofern sie alle einhalten. Wenn Carrefour somit weiter abseits bleibt, dürfte voraussichtlich bald ein Konflikt entstehen. Nur finanziell bedeutet dieses Abkommen mehr Starrheit, da die Supermärkte dann ihr finanzielles Problem nicht mehr auf Kosten der Lieferanten lösen können. Indessen haben die Supermärkte im allgemeinen Zugang zum Bankkredit zu günstigen Bedingungen, so dass dies kein Problem sein sollte. Ganz allgemein ist zu bemerken, dass die Supermärkte ihre starke Position gegenüber den Lieferanten beibehalten und wohl weiter ausnutzen werden, aber eben in transparenter Form.